

■ Bedrohung der Kulturarbeit in den Berliner Bezirken

Nachdem die langjährigen Sorgenkinder der Berliner Kultur, die Opern, mit Gründung der Berliner Opernstiftung zu einem hoffentlich produktiven neuen Anfang gekommen sind, beginnt es am anderen Ende der Berliner Kulturlandschaft zu brennen: Die Kunst- und Kulturämter der Bezirke und mit ihnen Stadtteilkulturarbeit, wesentliche Bereiche der Künstlerförderung, die kommunale Ebene der Kunstpräsentation wie auch soziokulturelle Arbeit sind durch massive Kürzungen der Bezirkshaushalte in ihrer Existenz bedroht.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Klage in Karlsruhe auf Bundesunterstützung bei der Schuldentilgung wurde ein »Haushaltsnotlagenhaushaltsplan« erarbeitet, aus dem alle »unabdingbaren Ausgaben« getilgt wurden.

Zwar gelang es der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kultur, die Verfassungsmäßigkeit von Kultur, soweit sie aus »ihrem« Kapitel 1700 finanziert wird, mit wenigen Abstrichen nachzuweisen, die – lt. Berliner Verfassung in ihrem Umgang mit der ihnen zugewiesenen »Globalsumme« – Bezirke jedoch wurden von der Senatsverwaltung für Finanzen aufgefordert, ihre »freiwilligen Leistungen« (durchschnittlich 45 % Kultur) zu reduzieren – auf der Basis eines Senatsbeschlusses, den der Senator für Wissenschaft und Kultur mitgefasst hatte.

Durch heftigen Protest der Bezirke wie auch einiger Parteien im Abgeordnetenhaus musste der Finanzsenat zwar von seinem sehr deutlichen Hinweis auf das Sparpotential bezirkliche Kulturarbeit absehen und den Bezirken freistellen, wo sie einsparen wollen, die Sparquoten sind jedoch so erheblich, dass spätestens im nächsten Jahr die Bezirke, die sowieso fast keine Verfügungsmasse mehr haben, an der Kultur werden sparen müssen – als pauschalierte »freiwillige Leistung« ist sie ständig im Visier haushaltstechnischer Winkelzüge.

Während die Finanzpolitiker die Kürzungen pflanzen, besannen sich – zeitgleich! – einige Abgeordnete der rot-roten Koalition, getrieben von den oppositionellen Kulturpolitikern von Bündnis 90/Die Grünen, der wichtigen Aufgaben der bezirklichen Kulturpolitik und forderten den Kultursenator auf, eine neue Strukturkommission einzuberufen, die ein Update dieser Berliner Kulturbene vornehmen soll und das Aufgabenspektrum der Kunst- und Kulturämter schärfen soll.

Die Lage ist sehr unklar. Die Bezirke sind bereit zu kämpfen, aber ihre Finanzkraft ist ausgesprochen begrenzt. Die Strukturkommission wird ihre Arbeit demnächst beginnen und soll bis zum Herbst Ergebnisse vorlegen. Wirkliche Bewegung in die vollzogene Beschlusslage

– das Abgeordnetenhaus verabschiedete einen Doppelhaushalt 2004/ 2005 – wird jedoch nur dann kommen, wenn das Problem »Bezirkliche Kulturarbeit« als kulturpolitisches Thema von gesamtstädtischer Bedeutung akzeptiert und bearbeitet wird – ebenso wie »Hauptstadtkultur« und »Stadtkultur«. Die »freiwillige Leistung« Kultur ist notwendig – auf allen Ebenen.

Dorothea Kolland

Der erste öffentliche Protest gegen den drohenden Abbau bezirklicher Kulturarbeit und damit der Einstieg in die kulturpolitische Debatte kam von der Kulturpolitischen Gesellschaft, verabschiedet bei dem Treffen der Landesgruppe Berlin am 8. Februar in der Kulturbrauerei in Anwesenheit des Präsidenten der Gesellschaft, des Essener Kulturdezernenten Dr. Oliver Scheytt.

Stadtteil-Kulturarbeit in Berlin muss erhalten bleiben!

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. sieht eine neue Gefährdung der Berliner Kulturlandschaft. Sie trifft insbesondere die bevölkerungsnahe, stadtteilbezogene Kulturarbeit, die unter den sog. »freiwilligen Leistungen« der Bezirke subsumiert. Hinter diesen verbergen sich zu fast 50% die Kulturaufwendungen der Bezirke. Sie sollen im Zuge der haushaltspolitischen Zwänge gestrichen werden.

Damit ist die Basis der Berliner Kulturlandschaft akut und existentiell gefährdet: die bezirkliche Kulturarbeit, repräsentiert durch die Kulturämter mit ihren Veranstaltungs- und Bürgerhäusern, Galerien, Regionalmuseen und ihrer Kulturförderung, über die Grenzen Berlins hinaus bekannt durch wegweisende Projekte, Ausstellungen, Experimente, konzeptionelle Entwicklungen. Die Zusammenarbeit mit Stadtentwicklung, mit den Quartiersmanagements, mit den Jugend- und Bildungseinrichtungen, mit den Akteuren der interkulturellen Arbeit steht auf dem Spiel.

Die zwangsläufigen Konsequenzen:

- Weite Stadtregionen (jeweils veritable Großstädte mit 250- bis 350 000 Einwohnern) bleiben ohne Kulturangebot, da sich landesfinanzierte Kulturinstitutionen auf eine kleine zentrale Stadtregion konzentrieren.
- Der Wegfall dezentraler Kulturförderung gefährdet eine Unzahl von freien Kulturprojekten.
- Die soziokulturelle Arbeit insbesondere im früheren Ostteil der Stadt wird vernichtet.
- Gezielte Künstlerförderung insbesondere im Nachwuchsbereich findet nicht mehr statt.
- Kommunale Galerien und Spielstätten, für viele Künstler die einzige Möglichkeit, ihre Arbeit zu präsentieren, brechen weg.
- Kulturprojekte, die insbesondere auf die spezifische soziale, ethnische und soziokulturelle Struktur der jeweiligen Bezirke eingehen und die in sozialen Brennpunkten von besonderer Bedeutung sind, werden unmöglich.
- Eigeninitiative, bürgerschaftliches Engagement und vielfältige Formen des Empowerments können nicht mehr unterstützt werden.
- Eine hochprofessionelle Stadtgeschichtsforschung und -präsentation, die einen wichtigen Beitrag zur Stadtidentität leistet, ist akut gefährdet.
- Als bezirkliche Kompetenzzentren vernetzen Kul-

turämter Verwaltung, Projektträger, Einrichtungen der Jugend-, Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Schule, Erwachsenenbildung effizient und nachhaltig. Ein Einschnitt löst einen strukturellen Flächenschaden aus.

- Die Kulturlandschaft der einzelnen Bezirke stellt einen gewichtigen Standort- und Imagefaktor dar, dessen Wegbrechen die Zukunftschancen der Stadtteile dezimiert. Zukunftsvisionen ohne Kultur sind gerade für Berlin undenkbar.

Die Kulturpolitische Gesellschaft fordert den Senat und die Bezirksämter der 12 Berliner Bezirke auf, mit der bezirklichen Kulturarbeit als gewichtigen Faktor des Berliner Kulturlebens ebenso sorgfältig umzugehen wie mit den »kulturellen Leuchttürmen«. Für die Zukunft der Stadt sehr ernst zu nehmen ist ihre Funktion und Verantwortung für die Lebensqualität, Zukunftsfähigkeit, Standortprofilierung, Identitätsbestimmung, kulturelle Vielfalt und Chancengleichheit und Basis für Kunstproduktion. Die Kulturinstitutionen der Berliner Bezirke sind seit mehr als 50 Jahren zuständig für die »kulturelle Grundversorgung« der Berliner Bevölkerung und Garant kultureller Teilhabe. Ihre Gefährdung würde eine gewachsene, verlässliche Struktur unwiederbringlich zerstören, aber auch notwendige neue Entwicklungen unmöglich machen.

Die Kulturpolitische Gesellschaft fordert den Senat von Berlin und das Abgeordnetenhaus auf, die Bezirke nicht in dieser wichtigen Aufgabe finanziell zu beschneiden und damit einen Flurschaden für die Berliner Kulturlandschaft auszulösen.

Sie fordert die Senatsverwaltungen für Schule und Jugend, Soziales sowie Wirtschaft und Arbeit auf, ihre Zuständigkeit für ihr Kultursegment verantwortlich wahrzunehmen.

Sie fordert insbesondere den Senator für Wissenschaft und Kultur auf, die Bedeutung der Stadtteilkulturarbeit für die Zukunftsfähigkeit Berlins deutlich zu machen, gemeinsam mit den Bezirken und den Parteien des Abgeordnetenhauses für eine verlässliche, effektive kulturelle Versorgung zu sorgen und für deren politische Absicherung Sorge zu tragen.

Für den Vorstand

Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.